

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt) und des

Schweizerischen Gärtner-Fachverbandes (Sitz: Zürich)

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.

Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.

Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionschluss:
Jeden Dienstag Morgen.

Die Jahresbeitragsleistung der Arbeiter für ihre Gewerkschaft.

(Unserm Leipziger Spezial-Freund gewidmet.)

Das Organ der Herren Pilz-Thalacker „Der Handelsgärtner“ in Leipzig leistet sich in seiner Nummer 34 folgende Liebenswürdigkeit gegen die Gärtnergehilfschaft:

„Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hat im ersten Halbjahr 1907, nach einer Aufstellung in seinem Organ, auch für Lohnbewegungen und Streiks nicht weniger als 18 655 Mk ausgegeben. Für Agitation, zu deutsch: „Wühlerei“ wurden 5255 Mk 82 Pfennig geopfert, gegen 3210 Mk. 41 Pfg. im Vorjahre. Man sieht, es ist Geld für solche Zwecke vorhanden, und die Not ist gar nicht so groß, wie sie von den „Genossen“ geschildert wird. Solange die Gärtnergehilfen in einem halben Jahre noch Tausende ihrem Agitationsfonds zuführen können, müssen sie sich doch in einer guten Situation befinden!“

Es ist natürlich vollständig ausgeschlossen, daß die Redaktion des „Handelsgärtner“, daß ein Pilz oder Thalacker nicht wissen sollten, welches die wirklichen Triebkräfte sind, die die Arbeiterschaft, in diesem Falle die Arbeitnehmer des Gärtnerberufes, zu jener Opferwilligkeit, die sich in den angeführten Zahlen ausdrückt, anspornt und zwingt. Es ist auch nicht etwa eine gedankenlose Nachschwätzerei jener von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und deren Gesinnungsorgane vor einiger Zeit als neuer Schlager gegen die Arbeiterbewegung in die Welt hinausgeworfenen perfiden, gehässigen Redensart von den sogenannten „Luxusstreiks“. O nein; diese Herren kennen ihr Publikum und berechnen bei derartigen Anwürfen ganz genau die Wirkungen auf dieses Publikum, dem damit immer wieder vor Augen geführt werden soll, welch ein „großer“ Kampf der „Handelsgärtner“ im Dienste gegen die „anmaßenden“ Bestrebungen der heutigen „verhetzten“ Arbeitnehmerschaft ist. Es darf als ausgeschlossen angenommen werden, daß die Redaktion des Leipziger „Handelsgärtner“ der ehrlichen Meinung wäre, die Gärtnergehilfen befänden sich in einer „guten Situation“. Aus obigen Zeilen spricht nichts weiter wie Heuchelei und wissentliche Verhöhnung des Elends der Gärtnerarbeitnehmer.

Es liegt uns nun zwar abseits, uns dieser Stellungnahme wegen besonders aufzuregen; wir kennen das professionierte Scharfmachertum in seinen „Gemüts“regungen viel zu gut, um zu wissen, daß man ihm damit nicht zu imponieren vermag. Wir wollen nur anmerken, daß in dem Falle der edle „Handelsgärtner“ wieder einmal seine Echtheit als Scharfmacherorgan erster Ordnung dokumentiert hat.

Genosse C. Legien, der Vorsitzende unserer Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, hat in dem Bericht über die Entwicklung, Leistung und den Stand der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1906 Gelegenheit genommen, sich bezüglich dieser neuesten Verfolgungsmethode mit den Scharfmacherelementen und ihren Helfershelfern auseinanderzusetzen. Wir glauben am besten zu tun, daß wir diese Stelle hier im Wortlaut wiedergeben. Legien sagt:

„In den letzten Wochen haben die Gegner der modernen Arbeiterbewegung sich den Kopf darüber zerbrochen, wie hoch die Jahresbeitragsleistung der Arbeiter für ihre Gewerkschaft und ihre politische Organisation ist. Das „Handbuch der Nationalliberalen Partei“ brachte eine Berechnung, nach welcher diese Leistungen 70 Mark pro Jahr betragen sollten. Verständnissinnig übernahm fast die gesamte bürgerliche Presse diese Berechnung in ihre Artikel. Die Artikelschreiber, die ihre Geisteskraft dem Ausbeutertum verkaufen, empörten sich darüber, daß somit ein Arbeiter mit einem Einkommen von 1000 Mk. 7 Proz. Steuern für seine Organisation entrichtet, während der Staat selbst von Millioneneinkommen nicht mehr als 4 Proz. erhebt. Die Artikelschreiber sollten, statt sich über die Opferwilligkeit der Arbeiter zu empören, lieber einmal bei ihren Auftraggebern nachfragen, wieviel diese für ein einziges Diner aus ihrem keineswegs durch gesellschaftlich nutzbringende Arbeit erworbenen Einkommen ausgeben. Sie würden auch, wenn nicht böser Wille vorläge, leicht sich sagen müssen, daß die Arbeiter nicht so viel für ihre Organisationen opfern brauchten, wenn der Staat die höheren Einkommen statt mit 4, mit 10 oder 20 Prozent Steuern belegen würde. Dann brauchten die notwendigen Gebrauchsartikel der Masse des Volkes nicht mit indirekten Steuern belegt werden, und die Gewerkschaften hätten nicht nötig, Aufwendungen für Lohnbewegungen und Streiks zu machen, die notwendig werden, um den Lohn soweit zu steigern, daß der Arbeiter bei der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel die bisherige Lebenshaltung

fortsetzen kann. Dieselben bürgerlichen Kreise, die scheinheilig behaupten, dem Arbeiter könne es nicht schlecht gehen, weil er noch derartige Beiträge für seine Organisationen zu leisten vermöge, sind es, welche die Arbeiterschaft in die Zwangslage versetzen, diese Aufwendungen zu machen, Aufwendungen, die notwendig sind, damit der Arbeiter sich dieser Gesellschaft zu erwehren vermag, welche die Gesetzgebung benutzt, die Arbeiterschaft in Abhängigkeit zu erhalten und ihr möglichst sämtliche Lasten zur Erhaltung des Staates aufzuerlegen. Die Arbeiter wissen ganz genau, mit wem sie es zu tun haben und sind deshalb zu den größten Opfern bereit, und nur geistig Arme werden die böse Absicht dieser sich so sehr um die Arbeiterschaft bemüht zeigenden Soldschreiber der Kapitalistenklasse nicht erkennen.

Um aber die Geistesarbeit dieser Soldschreiber zu verringern, wollen wir ihnen genaue Angaben darüber machen, wie hoch die Leistungen pro Jahr für die Mitglieder der Gewerkschaften sind. Bisher wurden in der Gewerkschaftsstatistik nur die Wochenbeiträge angegeben und wurde nachgewiesen, wie diese Beiträge in den letzten 15 Jahren gesteigert worden sind. Es erhoben 1891 einen Wochenbeitrag von unter 15 Pfg. 38,9 Proz. der an der Statistik beteiligten Organisationen. Von 15–20 Pfg. 47,2 Proz., 21–30 Pfennig 5,6 Proz., 31–40 Pfg. 2,8 Proz., 41 bis 50 Pfg. 5,6 Proz. der Organisationen. Über 50 Pfennig Wochenbeitrag erhob 1891 keine Organisation. Von Jahr zu Jahr sind diese Beitragsätze erhöht worden. Seit 1902 hat keiner der Generalkommission angeschlossenen Verbände mehr einen Wochenbeitrag von weniger als 15 Pfennig. Im Jahre 1906 erhoben an Wochenbeitrag von den Verbänden 15–20 Pfg. 1 = 1,5 Prozent der gesamten Organisationen, 21–30 Pfennig 10 = 15,2 Proz., 31–40 Pfg. 20 = 30,3 Prozent, 41–50 Pfg. 25 = 37,9 Proz. und über 50 Pfg. 10 = 15,2 Prozent der Verbände. So günstig hat sich die Beitragsleistung innerhalb von 16 Jahren entwickelt. Da nun aber in vielen Organisationen Klassenbeiträge bestehen, in anderen, so den meisten Organisationen des Baugewerbes, die Beiträge nicht für 52 Wochen, sondern für eine geringere Zahl von Wochen im Jahre erhoben werden, weil die Winterwochen beitragsfrei sind, so ergibt die Wochenbeitragssumme für das Jahr umgerechnet nicht die tatsächliche Jahresbeitragsleistung der Mitglieder bei den Organisationen, die Klassenbeiträge haben, oder die Beiträge nicht für das ganze Jahr erheben. Deshalb sind für 1906 von den Verbänden nähere Feststellungen bezüglich des Jahresbeitrages gemacht. Das Ergebnis ist das folgende.

Es leisteten von den 1 689 709 Mitgliedern der 66 Verbände im Jahre 1906 an Jahresbeiträgen nach den Bestimmungen des Statuts:

pro Kopf	Wieviel Mitglieder?	pro Kopf	Wieviel Mitglieder?	pro Kopf	Wieviel Mitglieder?
Mk.		Mk.		Mk.	
72,80	74	25,20	1 444	15,60	95 689
65,00	190	24,70	7 388	15,40	16 879
62,40	14 129	24,20	9 627	15,00	1 597
57,20	47 243	24,00	46 299	14,70	767
54,60	66	23,40	71 133	14,40	852
49,40	82	22,10	12 206	14,00	24 783
46,80	30 808	22,00	35 441	13,20	1 183
44,20	1 556	21,60	105 446	13,00	9 323
41,60	4 196	21,00	850	12,60	446
39,00	10 090	20,80	196 159	12,00	27 894
36,60	4 932	20,00	40 257	11,00	1 105
36,40	26 843	19,80	15 123	10,40	81 800
33,80	19 201	19,50	1 150	10,20	49
32,00	10 466	18,90	653	10,00	6 393
31,20	25 819	18,20	83 994	9,60	120
29,40	900	18,00	34 839	7,80	5 612
28,60	41 137	17,60	12 025	7,20	3 395
28,00	10 770	17,20	1 556	5,20	3 520
26,40	4 642	16,80	1 352	4,80	92
26,00	393 468	16,00	34 115		

Die niedrigsten hier angegebenen Jahresbeiträge werden von weiblichen oder jugendlichen Mitgliedern gezahlt. Nun brauchen die Gegner der Arbeiterbewegung nicht mehr ihr Hirn anzustrengen, um zu berechnen, wieviel die Arbeiterschaft für ihre Gewerkschaften an Beitrag pro Jahr leistet. Sie mögen getrost fortfahren, Empörung über diese Leistungen zu heucheln. Bei vernünftig denkenden Arbeitern werden sie das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen. Diese wissen, dass es der größten Opfer bedarf, um das Joch, das auf ihnen lastet, zu brechen. Sie wissen auch, daß die Unternehmerorganisationen die Arbeiter zu immer höheren finanziellen Leistungen zwingen. Verfolgen doch die vereinigten Unternehmer mit ihren Aussperrungen die Absicht, die Gewerkschaften zu sprengen oder mindestens finanziell lahm zu legen. Es haben die Gewerkschaften, die in den letzten Jahren von Aussperrungen betroffen wurden, verausgaben müssen:

Jahr	Mark	pro Kopf der Mitglieder	pro Kopf der Aussperrten
		Mk.	Mk.
1903	1 959 796	3,14	42,82
1904	1 870 647	2,49	59,57
1905	4 193 250	3,91	29,11
1906	5 315 682	3,77	58,46

Die Aussperrungstaktik der Unternehmer allein zwingt schon die Gewerkschaftsmitglieder zu höheren Leistungen, abgesehen davon, daß die Unterstützungseinrichtungen der Organisationen von Jahr zu Jahr verbessert werden und höhere Aufwendungen erfordern. Die Arbeiter haben diese Opfer gebracht und sie werden sie, wenn nötig, noch erhöhen, denn sie wissen, daß hier Sparsamkeit über gleichbedeutend wäre mit der Knebelung der Arbeiter und erhöhter Ausbeutung ihrer Arbeitskraft.“

Unser Spezialfreund in Leipzig möge sich gesagt sein lassen, daß auch der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein je länger je mehr sich anstrengen wird, in der Beitragsleistung erhöhte Aufwendungen zu machen. Je mehr wir hierin das Mißfallen der Scharfmacher erregen, um so sicherer ist, daß wir die richtigen Mittel anwenden, die zweckmäßigsten Wege einschlagen, auf denen wir die gesteckten Ziele zu erreichen vermögen.

Bericht über die Verhandlungen der VIII. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

(Fortsetzung und Schluß.)

Den

Bericht des Ausschusses

gibt Paul Maetzke-Dresden, der den ebenfalls im Druck vorliegenden Bericht im einzelnen ergänzt und erläutert:

Infolge der Beschlüsse der VII. Generalversammlung wurden von der Einzelmitgliedschaft Dresden am 19. August 1905 die Kollegen L. Haucke, O. Kästner, P. Maetzke, A. Nitzsche und R. Rinke in den Ausschuß gewählt.

In der Zeit von der VII. Generalversammlung bis zum heutigen Tage machten sich 10 Sitzungen zur Erledigung der laut Statut dem Ausschuß obliegenden Arbeiten nötig. Anlässlich des Wechsels in der Hauptgeschäftsstelle tagte eine Sitzung bei Anwesenheit eines Vertreters des Hauptvorstandes zwecks gemeinsamer Beratung. Nach Lage der Dinge stimmte der Ausschuß den Vorschlägen des Hauptvorstandes im wesentlichen in der Personenfrage zu, indem Kollege Albrecht die Redaktion übernahm und an seine Stelle Kollege Schmidt als Geschäftsführer eintrat. Eine Neuwahl für die Besetzung des Geschäftsführer-Postens war überflüssig, weil damals Kollege Schmidt noch Angestellter der Hauptverwaltung war. Da nun der Posten eines Agitationsleiters für Süddeutschland offen wurde, hielten wir dessen Neubesetzung für unbedingt erforderlich. Durch diese Veränderung der Angestellten mußte der Ausschuß auch zu der Gehaltsregulierung Stellung nehmen, wobei aber keine sofortige volle Einigung mit dem Hauptvorstand erzielt wurde. Von Frankfurt a. M. lag im Januar 1906 ein Antrag vor, dahingehend, außer dem in Süddeutschland tätigen Gauleiter einen Ortsbeamten für Frankfurt allein anzustellen. Dieser Antrag mußte aus formalen Gründen zunächst zurückgestellt werden und erledigte sich durch eine Einigung zwischen dem Hauptvorstand und der Frankfurter Ortsverwaltung. Dagegen mußte der Ortsverwaltung Leipzig ein Tadelvotum ausgestellt werden, weil die Leipziger Kollegen einen Frühjahrsagitor fest angestellt hatten, trotz der ablehnenden Haltung des Hauptvorstandes. Über eine aus Berlin eingegangene Beschwerde gegen die Haltung der Zeitung in Sachen des „Vorwärtskonfliktes“ konnte nicht verhandelt werden, da der Beschwerdeführende es unterlassen hatte, sich zunächst mit dem Hauptvorstand ins Einvernehmen zu setzen.

Der Beschluß der VII. Generalversammlung, in Sachen Anstellung eines Agitationsleiters für Rheinland-Westfalen gelangte Ende 1906 zur Ausführung und stimmte dem der Ausschuß zu, nachdem wir durch rechnerische Unterlagen über den dortigen Stand der Organisation unterrichtet waren. In Sachen der Veranstaltung des Preisausschreibens seitens des Hauptvorstandes ging von der Hamburger Mitgliedschaft eine Beschwerde über die Höhe der ausgeworfenen Geldpreise ein. Nach genauer Prüfung mußte die Beschwerde zurückgewiesen werden. Doch wurde dem Hauptvorstand ein Tadelvotum ausgestellt, weil er, entgegen dem Statut, ohne sich mit dem Ausschuß zu verständigen, das Preisausschreiben veranstaltet hatte. Auf nachträgliches Ersuchen des Hauptvorstandes stimmten wir dem Ausschreiben zu.

Die Ortsverwaltung Leipzig führte Beschwerde gegen die Geschäftsführung des Hauptvorstandes in Sachen eines Materialverlustes des früheren Vorsitzenden der Ortsverwaltung. Der Ausschuß fand die Beschwerde zumteil begründet, und wurde dem Rechnung getragen.

Der Hauptvorstand ersuchte um Zustimmung des Ausschusses für den früheren Termin für die VIII. Generalversammlung. Da aber das Statut ausdrücklich einen spätern Termin vorschreibt, lehnten wir diesen Antrag ab. — Klus-Hamburg stellt den Geschäftsordnungsantrag, nunmehr erst den Bericht der

Revisoren entgegenzunehmen, dann die Debatte zu eröffnen und nachdem das Referat über die Presse zu hören. Es wird demgemäß beschlossen und berichtet zunächst

Satow über die in den zwei Jahren stattgehabten Revisionen. Er stellt der Geschäftsführung nur ein gutes Zeugnis aus.

Schmidt II (Franz Schmidt) gibt den Bericht der Zentral-Revisoren und schließt sich im allgemeinen Satow an.

Hierauf wird in die Debatte eingetreten. Scheithauer spricht über die in Leipzig vorgekommenen Markenverluste.

Kaiser meint, er müsse eine vom Geschäftsführer nicht mit erwähnte Angelegenheit nachtragen, die Differenz mit der Krankenkasse f. d. G., und legt dazu seine Ansichten dar. Im allgemeinen habe er nichts zu kritisieren, nur in Einzeldingen. Der Vertrag mit dem Gemeindearbeiterverband finde nicht seinen Beifall, mit betreffendem Verbands müsse überhaupt einmal Fraktur geredet werden. Die Agitation in Süddeutschland sei sehr schwierig und teuer, sie müsse eine noch kräftigere Finanzgrundlage erhalten.

Busch wünscht einige besondere Aufklärungen über wichtige Posten in der Finanzgebarung und meint, es wäre überhaupt eine nähere Spezialisierung zu empfehlen. Die aus den Zahlen ersichtlichen Fortschritte hinsichtlich den Einnahmen an Beiträgen seien nicht befriedigend. Die Aufwendungen für Agitation seien sehr erheblich und ständen mit den Erfolgen nicht im Einklang. Der Buchhandel werde, weil unrentabel und unbedeutend, am besten abgehandelt.

Schmidt (Geschäftsführer) gibt die von Busch begehrten Aufklärungen bzw. Ergänzungen.

Kamrowski-Berlin gibt nähere Erklärungen über die Agitation im 6. Agitationsbezirk, die speziell in den östlichen Provinzen eine äußerst schwierige sei. Die Hauptkasse müsse dafür später größere Mittel aufwenden. Jedenfalls könne die Ortsverwaltung Groß-Berlin dafür nicht aufkommen, da die Berliner Agitation schon für sich allein recht große Mittel erfordere. Redner geht noch auf die Lohnbewegungen und auf die Organisationsfrage der Blumengeschäftsangestellten ein, ebenso auf die Frage des Markenverlustes in Leipzig.

Busch beantragt für die gegenwärtige Debatte 15 Minuten Redezeit. Dies wird beschlossen.

Klus behandelt die Frage des Wechsels in der Geschäftsstelle und verwirft die angewandte Methode; später sollten diese Stellen einfach ausgeschrieben werden. Die Streikunterstützung an andere Gewerkschaften sei in der Summe von 1100 Mark eine zu hohe, überhaupt werde nicht genügend sparsam umgegangen. Dem Hauptvorstand gebühre für die statutwidrige Einberufung der Generalversammlung ein Tadelvotum, schon im Hinblick auf die Konsequenzen bezüglich Erziehung der Mitglieder. Die für die Agitation der Blumengeschäftsangestellten aufgewendeten Kosten seien viel zu hohe, so koste schon allein die „Bindekunst“ mehr, wie an Beiträgen von diesen Mitgliedern einkomme. Es solle die Agitationskraft lieber auf die ungelerten Arbeiter verwendet werden. Für prinzipielle Aufklärung solle in den einzelnen Orten ganz bedeutend mehr gesorgt werden, um die Organisation damit zu festigen.

Haisermann wundert sich, daß der Hauptvorstand gegen den in Freiburg i. Br. abgeschlossenen Tarifvertrag keinen Protest eingelegt hat. Einen derartigen Vertrag sollte unsere Organisation nicht mit ihrem Namen decken. Redner trägt einen Fall vor, aus dem er schließen zu müssen glaubt, es würde auf das Buchen von Ausgängen in der Geschäftsstelle nicht die unbedingt nötige Sorgfalt verwendet. Die heutige Stellung des Ausschusses in der Organisation müsse genauer präzisiert werden, damit der Ausschuß nicht zu einem gewichtlosen Faktor werde. Dieser Forderung schließt sich

Höfner an, der den Antrag Stuttgart, betreffend Besuch der Gewerkschaftskurse, be-

gründet, desgleichen den Stuttgarter Antrag auf allgemeine Einführung der Kontrollkarte. Bei Anstellung von Beamten sei eine gewisse Mitgliedszeitdauer als eine der Bedingungen an die Bewerber zu stellen. Daß die Agitationsbezirke künftighin die Gehälter der Beamten bezw. die Agitationskosten allein tragen, sei einstweilen noch nicht durchführbar. In der Maifeierfrage empfiehlt Redner die Resolution des Stuttgarter Zweigvereins.

Es wird vom Vorsitzenden festgestellt, die Maifeierfrage solle erst im Anschluß an den Geschäftsbericht, d. h. nach Erledigung des letzteren, zur Verhandlung kommen.

Kähler polemisiert über die Bewilligung von Lohnbewegungen, diese müßten erst stets genau geprüft werden. Empfiehlt nachdrücklich nach dem Muster von Hamburg die stärkere Erhebung von Extrabeiträgen im Bezirke der je in Frage kommenden Ortsverwaltungen.

Kwasnik spricht über die Beitrags-einnahme von den Einzelmitgliedern bei der Hauptverwaltung. Einmal sind eine Anzahl dieser Mitglieder zu Zweigvereinen übergegangen, andere wurden von Agitationsbezirken als solche übernommen. Die Agitation unter den Blumengeschäftsgestellten sei durchaus nicht zu vernachlässigen, natürlich lohne sich diese nur in Großstädten. Wenn der Ausschuß anders zu fundamentieren sei, so könne wohl höchstens eine Urabstimmung als die über Hauptvorstand und Ausschuß stehende Institution in Frage kommen.

Link meint, bei den vorjährigen Wahlen zum Reichsversicherungsamt sei der Hauptvorstand nicht genügend auf dem Posten gewesen. Über den Tarifvertrag in Freiburg i. Br. schließt sich Redner dem Koll. Haisermann an. Beantragt einen Extrazuschlag von 200 Mark an die Kasse des 2. Agitationsbezirks, da bisher noch nicht möglich, dies allein aufzubringen. Mit der Gesamtgeschäftsführung des Hauptvorstandes könne man einverstanden sein.

Es ist jetzt 1 Uhr. Es wird beantragt, die Diäten für die gegenwärtige Generalversammlung festzusetzen. Es entspinnt sich dazu eine Debatte, zu der Schmidt, Klus, Kaiser, F. Schmidt II und Janson das Wort nehmen. Da die Sache sich in die Länge zieht, wird die Sitzung geschlossen.

Dritte Sitzung.

Montag, den 2. September, nachmittags.

Der Vorsitzende eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Die Debatte über die Diätenfrage wird fortgesetzt. Es sprechen dazu noch Schmidt I, Klus, Link, Kamrowski, Satow, Busch, Haisermann, Albrecht, Janson. Beschlossen wird, den Teilnehmern der Generalversammlung 10 Mark Tagegelder und den wirklichen Lohnausfall zu vergüten.

Janson wendet sich gegen den Referenten des Ausschusses, als wäre der Ausschuß nicht voll zur Geltung gekommen. Der Ausschuß kann und darf keine dem Hauptvorstande übergeordnete Einrichtung sein, er soll vor allem Beschwerdeinstanz sein und eine ausgleichende Tätigkeit in Streitfragen entfalten; in diesem Sinne habe sich die Einrichtung in der letzten Geschäftsperiode durchaus bewährt. Mit Bezug auf seinen Rücktritt von der Redaktion gibt Redner ausführliche Darlegungen, die darin gipfeln: die vorige Generalversammlung habe Beschlüsse gefaßt, die sich zwar nicht in der Form, wohl aber in Wirklichkeit gegen ihn persönlich richteten, sogar in äußerst kränkender Weise, und zwar bei der sogen. Abstinenzfrage und ferner in der Gehaltsfrage.

Kamrowski-Berlin. In Sachen Ausschuß schließt sich Redner den Ausführungen Jansons an. Die Agitation unter den Blumengeschäftsgestellten sei in Berlin sehr kostspielig gewesen und sei überhaupt an sich kostspielig. Redner wendet sich gegen die Praxis des IV. Agitationsbezirks, von der Ortsverwaltung Frankfurt a. M. ein Darlehn von 400 Mark zu nehmen.

Rolke erklärt, er werde auf die Angelegenheit des Münchener Streiks im Punkte Lohnbewegungen und Streiks eingehen und verzichte deswegen augenblicklich aufs Wort.

Kamrowski-Wiesbaden spricht über die Organisationsfrage der in den Stadtgärtnereien tätigen Kollegen, die in der Praxis schwer regelbar, weil diese Kollegen ein zu ungenügendes Solidaritätsbewußtsein entwickeln.

Bäckers wendet sich gegen die Ortsverwaltung Hamburg, weil diese seinerzeit den Kollegen Busch nicht für die Agitation in Rheinland-Westfalen freigegeben hat.

Schmidt II begründet die Notwendigkeit der geschehenen Beschäftigung einer Hilfskraft in der Hauptgeschäftsstelle.

Albrecht verzichtet, sich an der allgemeinen Debatte über den Tätigkeitsbericht zu beteiligen und erörtert nur eine ihm persönlich angehende Sache, den seinerzeit von ihm beim Hauptvorstand gestellten und von diesem akzeptierten Antrag auf eine Gehaltserhöhung; er erneuert diesen Antrag.

Kaiser verteidigt den IV. Agitationsbezirk wegen den von der Ortsverwaltung Frankfurt a. M. entliehenen 400 Mark.

Busch. Einberufung der Generalversammlung angehend handle es sich seitens Hamburg nicht um Nörgelei, sondern um die aus solchen Vorkommnissen eventuell zu ziehenden Konsequenzen.

Da es bereits 5 Uhr ist, entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen.

Geschäftsführer Schmidt zum Schlußwort: Der Hauptvorstand hat in der letzten Geschäftsperiode sehr kollegial gearbeitet, auch mit dem Ausschuß ist der Hauptvorstand ganz gut ausgekommen; eine eigentliche Differenz ergab sich nur in der Frage Einberufung der Generalversammlung. Der Ausschuß soll Beschwerdeinstanz bleiben, würde er Aufsichts- bzw. letzte Entscheidungsinstanz, so müßte er auch der Öffentlichkeit gegenüber diese Beschlüsse vertreten, das aber ist logisch und praktisch bzw. technisch unmöglich.

Redner geht auf die einzelnen Kritiken ein, er betont besonders, daß unbedingt vermieden werden muß, sich in der Verwaltung allzu starr auf die Paragraphen zu verlegen, weil solches der Organisation mehr schaden wie nützen würde. Es müsse eine gewisse Bewegungsfreiheit beobachtet werden.

Schmidt II beantragt für Geschäftsführung und Hauptvorstand Entlastung-Erteilung. Dies geschieht, da die Hamburger Delegierten nach Debatteeschluß den Antrag Hamburg, dem Hauptvorstand ein Tadelsvotum auszustellen, zurückgezogen haben, durch Erhebung von den Sitzen seitens der Delegierten einmütig.

Der Hauptvorstand legt noch einen Antrag vor: „Der Geschäftsführerposten ist aufzuheben, der Posten des ersten Vorsitzenden ist zu besolden und im Vorstande das Amt eines unbesoldeten zweiten Vorsitzenden zu schaffen.“

Janson begründet einen Vorschlag des Hauptvorstandes, zur Vorberatung der weiteren Materien vier Kommissionen zu je 6 Mitgliedern einzusetzen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Geschäftsführer Schmidt macht Vorschläge für diese Kommissionen. Beschlossen wird folgende Zusammensetzung: Erste Kommission: Bäckers, Haucke, Hoefener, Busch, Lübeck, Thull (für „Agitation und Organisation“). Zweite: Kähler, Kaiser, Rolke, Scheithauer, Babinski, Rinke (für „Lohnbewegungen und Streiks“). Dritte: Kwasnick, Kamrowski-Berlin, Klus, Link, Steinberg, Kamrowski-Wiesbaden („Beitrags- und Unterstützungswesen“). Vierte: Witte, Schmidt, Pawlitzki, Kunze, Huhnholz, Haisermann („Statutenberatung“).

Albrecht beantragt, die Maifeierfrage einer der Kommissionen mit zu überweisen; dies wird beschlossen und die Angelegenheit der Kommission 2 zuerzteilt.

Janson beantragt die Annahme des Antrages 5 Stuttgart, betreffend Gewerkschaftskurse. Der Stuttgarter Antrag wird angenommen.

Den

Bericht über die Presse

gibt Albrecht (Redakteur). Um sich kurz fassen zu können, verweist Redner auf den gedruckt vorliegenden Bericht, dem er noch einige Erläuterungen hinzufügt. Mit dem 1. Oktober 1905 trat der auf der VII. Generalversammlung gewählte Kollege Janson, der Redakteur am Korrespondenzblatt d. G. d. G. Dtschlds. wurde, von seinem Posten zurück und erhielt von da ab Albrecht die Redaktion unsrer Zeitung übertragen. Die Erscheinungsweise der Zeitung hat in der abgelaufenen Geschäftsperiode keine Aenderung erfahren. Nur eine Nummer ist um einen halben Bogen verstärkt erschienen.

Die Vergrößerung der Organisation und die damit zunehmende Aktionsfähigkeit brachte es mit sich, daß die Spalten der Zeitung mehr wie in der vorherigen Geschäftsperiode für rein berufliche Angelegenheiten in Anspruch genommen werden mußten; das sowohl mit Bezug auf selbständige Aufsätze wie auch hinsichtlich der Rotstift Rundschau und zwar, trotzdem der Rotstift garnicht sparsam angewendet wurde und weniger wichtige Einsendungen natürlich überhaupt keine Berücksichtigung gefunden haben. In der Rubrik Korrespondenzen wurde wiederholt die Aufnahme von Versammlungsberichten begehrt, die durchaus des allgemeinen Interesses entbehrten; dem Begehrt konnte für die Regel nur dann entsprochen werden, wenn es sich um neue und sehr isoliert liegende Organisationsniederlassungen handelte, die davon gewisse agitatorische Erfolge erwarten. Das Feuilleton ist mit Aufsätzen und Notizen verschiedenster Art belegt worden; neben Fragen des politischen Lebens wurde insbesondere der modernen Naturwissenschaft Aufmerksamkeit zugewendet, ebenso sind gelegentliche Beiträge für sittliche Selbsterziehung, Charakter- und Gemütsbildung gebracht worden.

Unter der Belastung des Inhalts mit Artikeln rein beruflicher Art hat vor allem der fachbildende Teil zu leiden gehabt. Die vierzehntägig erscheinende Fachtechnische Rundschau, die sich nach wie vor des Beifalls der Mitglieder erfreut, ist zwar nicht gekürzt worden, wohl aber enthalten die Jahrgänge 1906 und 1907 weniger an selbständigen fachbildenden Aufsätzen wie zum Beispiel der Jahrgang 1905. Auch sonst konnte die Redaktion des beschränkten Raumes wegen nicht in dem Umfange mit prinzipiellen Artikeln über die Arbeiterbewegung dienen, wie sie es gern getan hätte; sie mußte sich vielfach damit begnügen, jene Gedanken und jenes Zielstreben nur in die Artikel über Berufsangelegenheiten mit zu verweben und sonst anzudeuten. Das läßt den Wunsch aufkommen, künftighin womöglich ein wenig mehr Raum zur Verfügung zu haben, besonders im Hinblick darauf, daß es gar vielen Kollegen nur unter den allerschwierigsten Umständen und manchen, speziell auf abgelegenen Herrschaftstellen, überhaupt nicht möglich ist, regelmäßig die politische Parteipresse zu lesen, was bei dem heutigen Fließen des gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Lebens für jeden eigentlich eine unumgängliche Notwendigkeit wäre, um nicht in Rückstand zu kommen.

An Stoffmangel hat es der Redaktion im allgemeinen nicht gefehlt; sie ist vielmehr fast ständig davon reichlich überlastet gewesen. Ein Mangel an freiwilliger Mitarbeit hat sich aber auf fachbildendem Gebiete eingestellt und zwar ebensowohl, indem die im Fragekasten aufgeworfenen Fragen aus dem Leserkreise selten beantwortet sind, wie auch, daß unaufgefordert fachwissenschaftliche und fachtechnische Artikel fast garnicht mehr eingesandt werden. Die Redaktion mußte sich dieserhalb zumeist an ihr als fachlich tüchtig bekannte und fachschriftstellerisch befähigte Mitglieder wenden und diese zur Mitarbeit auffordern. Hieraus erklärt es sich, wenn als Fachartikler fast immer nur dieselben Personen hervortreten. Und ebenso mußte dadurch natürlich für Honorare mehr aufgewendet werden, was aber keine Einbuße bedeutet, da wir meinen, daß die betreffenden Mitglieder auch wirklich wertvolle Arbeiten geliefert haben.

Die Maifeierfrage erklärt Redner die unterschiedliche Haltung in der vorletzten und letzten Geschäftsperiode. Auch bei der Reichstagswahl habe die Zeitung Propaganda für die Wahl von Arbeiterabgeordneten getrieben. Er halte es für die Pflicht der Arbeiterpresse, den Zeitumständen Rechnung zu tragen. Redner wendet sich gegen die Kritiker, die verlangen, daß Inserate nicht aufgenommen werden, in denen Gärtner zu „nicht würdigen Arbeiten“ gesucht werden. Jede Arbeit adle; auf dem Standpunkt stehe die moderne Arbeiterbewegung. Es komme nur darauf an, ob die Arbeit auch ordentlich bezahlt würde. Ein anderer Standpunkt sei ein rückständiger und eine Überlieferung früherer Zustände in der Gärtnerorganisation. Heute, wo neben den Gärtnern auch die Gartenarbeiter Mitglieder sein können, ist ein solcher Standpunkt eigentlich nicht diskutabel. Er halte es ferner für nötig, daß der Redakteur des Gewerkschaftsorgans, um in Fühlung mit dem praktischen Leben und den Kollegen zu bleiben, dann und wann hinausgeht in die Mitgliedschaften nicht bloß zu agitatorischen, sondern insbesondere zu informativischen Zwecken.

Was die zum Punkte „Presse“ gestellten Anträge, die sich auf die technische Gestaltung der Zeitung beziehen, betreffen, beantragt Redner, diese einer der vier Kommissionen zur Vorberatung zu überweisen, da eine Beratung im Plenum sich zu sehr in die Länge ziehen würde. —

Die Verhandlungszeit ist mittlerweile abgelaufen. Es wird dem letztgenannten Antrage Albrecht's gemäß beschlossen. Darauf Schluß der Sitzung.

Vierte Sitzung

Dienstag, den 3. September, nachmittags.

Der Vormittag ist mit Kommissionssitzungen ausgefüllt worden, die zumteil ihr Pensum noch garnicht zu bewältigen vermochten und genötigt sind, noch außerhalb der Plenarsitzungen zu beraten.

Nach Eröffnung der Sitzung erhält zum Punkt „Presse“ das Wort

Albrecht, der vor Eröffnung der Debatte gleich die Kommissionsberatungsergebnisse über die beantragten technischen Änderungen der Zeitung bekannt gibt. Die Kommission ist nach reiflichen Erwägungen zu folgenden Entschlüssen gekommen: Das heutige Format der Zeitung bleibt bestehen, ebenso wird am Umfang nichts geändert, also keine Verstärkung vorgenommen. Vom 1. Januar ab soll ein etwas kleineres Schriftbild verwendet werden, um damit eine Vermehrung des Textinhalts zu erreichen. Als Papier ist ein etwas leichteres wie das gegenwärtige zu wählen und zwar so, daß zwei Exemplare der Zeitung mit Streifband und Klebstoff nicht über 50 Gramm wiegen, demzufolge für 3 Pfg. Drucksachenporto versandt werden können. Diese Vorschläge sollen dem Hauptvorstande zur Erledigung überwiesen und damit die zur Sache gestellten Anträge als erledigt erklärt werden.

Hierauf wird die Debatte eröffnet.

Kaiser erklärt im allgemeinen seine Zustimmung zu der Tendenz der Fachzeitung. Aber es sei dem Redakteur zu empfehlen, sich nicht von seinem Gefühle zu durchaus schiefen Auffassungen hinreißen zu lassen. Schrieb er doch in einer Betrachtung über den Wahlausfall am 25. Januar: Es sei hoffentlich eine heilsame Ironie, daß die Sozialdemokratie auf Zentrumskrücken noch einige Sozialdemokraten in den Reichstag bringen werde. Solche billige Scherze sollte er den Gegnern überlassen, die er ja sonst bespöttelt habe.

Es sprechen noch Kunze und Witte.

Janson meint, daß zuviel Politik in der Fachzeitung gemacht werde. Für Metall-, Holz- und andere Arbeiterorganisationen mag es angebracht sein, sich mit einer ausgesprochenen Parteirichtung zu beschäftigen, nicht aber bei den Gärtnern. In der Gewerkschaft haben wir genug zu tun, um unsere Mitglieder gewerkschaftlich zu erziehen. Wenn die Zeitung zu ausgesprochen politisch gestaltet ist, stiftet sie nur Verwirrung. Ihr braucht doch nicht immer von der Sozialdemokratie zu reden. Legt doch

in Eure Artikel Eure Weltanschauung hinein und erzieht sie dazu. Inhaltlich schließt sich dem der Geschäftsführer Schmidt an.

Albrecht erhält das Schlußwort. Die Kritiken über seine Redaktionsstätigkeit seien nur wenig zahlreich gewesen, er hätte sich auf mehr gefaßt gemacht. Insbesondere habe er auf eine Aussprache über die „unwürdigen Stellenangebote“ gewartet; da solche nicht erfolgt, dürfe er annehmen, daß seine dargelegte Auffassung geteilt werde. Überrascht habe ihn die Ausführung eines Redners, daß die Leitartikel zuweilen zu schwer verständlich bzw. zu „gelehrt“ geschrieben seien, umso mehr, als er bemüht gewesen sei, überflüssige Fremdwörter durch deutsche zu ersetzen und auch für den zu schreiben, der über eine nur einfache Dorfschulbildung verfüge. Er wisse, daß die meisten Kollegen sich nur Elementarschulkenntnisse aneignen konnten. Da er selbst ebenfalls nur eine Dorfschule besucht habe und das weitere Wissen durch Selbststudium sich verschaffe, so habe er geglaubt, grade in diesem Punkte am ehesten verständlich zu schreiben; es scheine aber, daß man mit der Fortentwicklung der eigenen Bildung doch manches von früher nicht mehr genügend wäge. Er wolle darauf künftighin etwas mehr achtgeben. Im übrigen appelliere er an die Unterstützung der Mitglieder, besonders der angestellten Beamten.

Der Vorsitzende stellt fest, daß sich gegen die Vorschläge der Kommission kein Widerspruch erhebt, und seien diese damit von der Generalversammlung akzeptiert. Damit ist dieser Punkt erledigt. Es folgt als nächster Verhandlungsgegenstand **Die internationale Organisation der Gärtner.**

Referent ist Janson. Redner führt aus, daß eigentlich nur erst die deutschen Gärtner eine geschlossene Organisation haben, so daß es mit der internationalen Organisation noch nicht weit vorwärts gekommen ist. Der erste Versuch im Jahre 1897, eine internationale Organisation zu schaffen, erlitt Fiasko. Die Frage hat mit Ausnahme einer Verbindung mit der Organisation in der Schweiz geruht. Jetzt aber gehen unsre Unternehmer auf die Arbeitswillensuche ins Ausland. Bei der Lohnbewegung der Gärtner in den Baumschulen Holsteins drohten die Baumschulenkönige mit skandinavischen Streikbrechern. Dazu aber geben sich glücklicherweise die Arbeiter Skandinaviens nicht her. Erst in Böhmen ist es dem Feldarbeiterverband gelungen, eine größere Anzahl von Gärtnern zu organisieren. Deshalb bleiben auch die böhmischen Streikbrecher fast aus, die früher reichlich nach Dresden kamen. — In Frankreich ist die Organisation kaum nennenswert. Auch die Gärtner Englands schlafen noch. Soweit unser Beruf in Frage kommt, kommen keine Streikbrecher aus England. Anders aber Belgien und Holland. Rheinländische und westfälische Unternehmer haben mit Erfolg versucht, holländische Gärtner als Streikbrecher nach Deutschland zu holen. Da und dort haben wir den ausländischen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Die letzte Nummer des Unternehmerorgans teilt mit, daß der Hauptvorstand der Unternehmer einen Antrag aus Basel: „einheitlich gegen die Gärtnergehilfen bei Lohnbewegungen vorzugehen“, abgelehnt habe. Das zeigt doch, daß die Unternehmer sich mit dem Gedanken internationaler Vereinigung beschäftigen.

Redner schlägt die Annahme folgender Resolution vor:

„Die General-Versammlung heißt die Maßnahmen, die der Hauptvorstand zur Förderung der Gärtnerbewegung im Auslande in den letzten Jahren getroffen hat, gut. Ebenfalls stimmt sie den mit den Organisationen der Gärtner in der Schweiz und in Böhmen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträgen zu.“

Die General-Versammlung erkennt die Pflicht an die Notwendigkeit internationaler Solidarität an und beauftragt den Hauptvorstand, auch für die Folge die internationalen Verbindungen zu pflegen und, zur Förderung der Organisationen der Gärtner im Ausland, ihm geeignet erscheinende Maßnahmen zu ergreifen.“

Schmidt (Geschäftsführer) teilt mit, daß der Genosse Secek von der Organisation der böhmischen Kollegen aus geschäftlichen Gründen heute früh leider habe abreisen müssen. Secek habe ihn beauftragt, die Versicherung abzugeben, daß sein Verband bemüht bleiben werde, die mit der deutschen Organisation angeknüpften Beziehungen weiter zu pflegen und zu festigen, und wünsche er den bezüglichen und den sonstigen Verhandlungen der Generalversammlung bestens Glück.

Witte gibt einige Beispiele über die Wichtigkeit des Vertrages mit der böhmischen Organisation bekannt. In Chemnitz seien eine größere Zahl böhmischer Kollegen beschäftigt, und hätten diese sich als recht gute Mitglieder bewährt.

Haucke erläutert die Ausländerfrage in Dresden und den Entwicklungsgang der böhmischen Organisation. Dem Antrage Dresden auf Herstellung von Agitationsmaterial für die Kollegen fremder Zunge werde Genüge getan, wenn die Generalversammlung der vorgelegten Resolution Janson zustimme.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Schmidt (Geschäftsführer) teilt mit, die Generalversammlung habe mit Bezug auf den Geschäftsbericht noch Beschluß zu fassen, wie es mit den „Streikschulden“ der einzelnen Ortsverwaltungen zu handhaben sei. Es wird beschlossen, daß davon an die Hauptkasse noch entrichten sollen Bremen 50 Mark, Berlin 100 Mark, Leipzig 50 Mark, Frankfurt die Hälfte der Schuld (die noch nicht genau ausgerechnet). Die Differenzen werden erlassen. München wird alles erlassen, weil es sich hier um eine nur erst schwach fundierte Ortskasse handelt.

Als nächster Punkt gelangt zur Verhandlung: **Der neuere Stand unsrer Rechtsfrage.**

Der Referent, Albrecht, erläutert eingehend Wesen und Bedeutung dieser Frage, gibt einen zusammenfassenden Rückblick über die bisherigen Bemühungen und Erfolge in dieser Angelegenheit, die Stellungnahme der Arbeitgeber dazu, desgleichen die Haltung der Regierung. Die Entwicklung der Frage sei jetzt auf dem Punkte angelangt, daß anzunehmen sei, die gesetzliche Regelung müsse demnächst erfolgen. Es sei nun unsre Aufgabe, alles aufzubieten, daß die Regelung unsren Wünschen entspreche. Da die Materie in das Rechtsgebiet der Landarbeiter und des Gesindes mit hineinrage, und da man von den bürgerlichen Parteien kaum zu erwarten haben werde, daß diese unsern Begehren in vollem Umfange beitreten würden, so müßten wir uns mit aller Entschiedenheit auch an jenen Kämpfen beteiligen, die auf Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen das Gesinde und die Landarbeiter abzielen. Redner schlägt die Annahme folgender Resolution vor:

„Die 8. General-Versammlung des A. D. G.-V. erklärt sich mit dem Referat des Kollegen Albrecht über den neuere Stand unserer Rechtsfrage einverstanden. — Sie beauftragt den Hauptvorstand, die Angelegenheit scharf im Auge zu behalten und die erforderlichen Wege zu beschreiten und die Mittel anzuwenden, die geeignet erscheinen, die zurzeit im Rechtsleben der Gärtner vorhandene Kalamität zu beseitigen. Insbesondere betont die General-Versammlung, daß es Pflicht der Organisation ist, ihren vollen Einfluß nicht bloß dahin geltend zu machen, daß das Personal aller Arten von Gärtnereien und Gartenbaubetrieben den Vorschriften der Gewerbeordnung unterstellt werde, sondern daß es weiterhin auch Organisationspflicht der Gärtner ist, alle diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen das Gesinde und die ländlichen Arbeiter abzielen. — Die 8. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erklärt der Landarbeiterschaft und dem Gesinde in ihrem Kampfe um ein modernes, freies Arbeitsrecht für Gesinde, Dienstboten und Landwirtschaftsarbeiter die Solidarität der Gärtner und Gartenarbeiter.“

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Busch beantragt die Drucklegung des Albrecht'schen Vortrages. Dies wird gleichfalls beschlossen, und soll dazu eventl. der bezügliche Schriftsatz des Gen.-Vslgs.-Protokolls mit verwendet werden.

Hierauf Schluß der Sitzung.

Fünfte Sitzung.

Mittwoch, den 4. September, vormittags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Löcher bekannt, daß in der Familie des Delegierten Kollegen Babinski sich ein Todesfall ereignet habe; Kollege Babinski hat die Nachricht erhalten, daß ihm gestern ein Kind verstorben. Die Versammelten erheben sich zum Zeichen des Beileids von ihren Sitzen.

Albrecht trägt seinem gestrigen Referat über die Rechtsfrage nach, was, laut vorliegendem Zeitungsbericht, inzwischen auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Handelsgärtnerkongresses in Mannheim zu derselben Frage beschlossen wurde. — Die beschlossene Sonderdrucklegung seines Referats lasse es als zweckdienlich bzw. notwendig erscheinen, dieses an einzelnen Stellen noch zu vervollständigen und zwar so, daß das Ganze als Unterlage für eventuelle Debatten im Reichstage, speziell von der sozialdemokratischen Fraktion, benutzt werden kann. Diese Auffassung des Referenten wird von der Generalversammlung geteilt.

Zur Verhandlung steht heute als erster Punkt: **Agitation und Organisation.** Auf Antrag Busch beschließt die Generalversammlung, dem seit gestern als Zuhörer anwesenden Mitgliede des christlichen Gärtnerverbandes für diesen Punkt die Anwesenheit nicht zu erlauben, weil es unklug wäre, dem Gegner in die bezügliche zu erörternde Taktik in ihren Einzelheiten Einblick zu geben.

Hauke spricht zum vorliegenden Gegenstand als Referent. Redner gibt einleitend einen Überblick über das Agitationsgebiet, geht dann näher ein auf die heute vorliegende Situation und die gegenwärtigen Chancen. Das Schwergewicht der Organisation liege heute in den Großstädten bzw. den großstädtischen Lohngebieten, gleichwohl sei es entschieden notwendig, auch die Kleinstädte bzw. die „Provinz“ agitatorisch und organisatorisch zu bearbeiten. Die Gutsgärtner in größeren Massen zu gewinnen, darauf dürften wir einstweilen noch nicht rechnen; auch z. B. die Schmiede und Stellmacher auf Gütern ständen in ähnlichem Maße ihren Organisationen fern.

Die Ortsverwaltungen bedürfen teilweise noch des Ausbaues und einer möglichst straffen Zentralisation, insbesondere dahin, daß alle nahe gelegenen Bezirke diesen Verwaltungen einbezogen werden. (Raumes halber müssen wir auf weitere Wiedergabe des Referats verzichten; wir verweisen aber auf das demnächst als besonderes Heft erscheinende Protokoll der Generalversammlungs-Verhandlungen. Die Redaktion.)

Busch ist Referent der Kommission und trägt folgenden Bericht vor, den er des einzelnen begründet:

Der Kommission lagen folgende Anträge vor: No. 12—21, 86, 92—96, 99, 105, 41 und 41a und die Dringlichkeitsanträge 6, 7 und 8. — Außerdem der Antrag des Hauptvorstandes und Ausschusses, Kollege Albrecht für die vergangene Geschäftsperiode 200 M. pro Jahr nachzubewilligen und 150 M. für Agitation neu zu bewilligen.

Die Kommission kam zu folgenden Beschlüssen: Antrag 12, 13 und 14 sind fallen zu lassen. Antrag 15, 16, 92, 93, 99 und Dringlichkeitsantrag 6 und 8 Abs. 1 sind durch folgenden Beschluß erledigt:

a) Der bisherige III. Agitationsbezirk wird aufgeteilt zwischen dem I. und V. Bezirk und zwar so, daß dem V. Bezirk das Gebiet von Magdeburg, Halberstadt, Thale-Quedlinburg zugeteilt wird. Für den so vergrößerten V. Bezirk ist ein besoldeter Bezirksleiter mit dem Sitz in Leipzig anzustellen. — Die genaue Abgrenzung der beiden Bezirke wird dem Hauptvorstand überlassen.

b) Der IV. Bezirk wird geteilt und zwar so, daß Bayern einen Bezirk für sich bildet, mit dem

Sitz in München. Der bisher an München gezahlte Zuschuß geht an den Bezirk Bayern über. Entwickelt sich der Bezirk im Laufe der nächsten Jahre so, daß es rentabel erscheint, einen besoldeten Bezirksleiter anzustellen, so hat der Hauptvorstand, in Verbindung mit dem Ausschuß, diesbezügliche Schritte einzuleiten. — Die bayrische Pfalz bleibt weiter beim IV. Bezirk. Der IV. Bezirk wird durch diese Aenderung zum III. Bezirk. Antrag 17 ist angenommen. Antrag 18 abgelehnt. Antrag 19 angenommen. Antrag 20 ist durch die Resolution zum Punkt: „Internationale Organisation“ erledigt.

Antrag 21 ist angenommen und der Antrag 41 dadurch erledigt. — Der Dringlichkeitsantrag 7 ist dem Hauptvorstand zu überweisen. Antrag 41 ist angenommen, dadurch der Antrag 86 Abs. 1 abgelehnt. Abs. 2 des Antrages 86 ist dem Antrag 41a zuzufügen. Der Antrag 94 ist hierdurch erledigt. — Der Antrag des Hauptvorstandes und Ausschusses, Kollegen Albrecht für die letzten 2 Jahre je 200 M. nachzubewilligen, ist angenommen. Antrag 95 ist dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung zu überweisen. Antrag 96 ist abgelehnt. Der Antrag des IV. Bezirks, die von der Ortsverwaltung Frankfurt geliehenen 400 M. von der Hauptkasse aus zu bezahlen, ist abgelehnt; diesen Betrag soll die Ortskasse Frankfurt a. M. tragen. Für die Herbsttagung 150 M. zu bewilligen, ist angenommen.

Es ist noch der Antrag des II. Agitationsbezirks beizufügen, 200 M., welche für Einrichtungen des Bureaus aufgewendet sind, von der Hauptkasse zurückzuerstatten. Dieser Antrag ist angenommen.

Lübeck spricht über die Verhältnisse und Bedürfnisse des jetzigen III. Agitationsbezirks. Die von der Kommission dazu gefaßten Beschlüsse sind seiner Ansicht nach geeignet, den durch die Anträge des Bezirks zum Ausdruck gebrachten Wünschen zu entsprechen.

Schüler-Magdeburg erklärt sich gleichfalls damit einverstanden; er habe sich in den Kommissionsverhandlungen überzeugt, daß unter den heutigen Verhältnissen die vorgeschlagene Neueinteilung des Bezirks am dienlichsten sei. Er bitte, dem betr. Antrage zuzustimmen.

Pawlitzki spricht mit Bezug auf den vorgeschlagenen neuen Bezirk Bayern, und erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Arrangement einverstanden und meint, daß dies die Entwicklung günstig beeinflussen werde. Er hoffe, daß Bayern bald soweit sein werde, einen voll Besoldeten Beamten zu tragen.

Schmidt (Geschäftsführer) empfiehlt die Annahme der Kommissionsanträge. Er sei der Ansicht, die Materien seien recht reiflich beraten und geordnet worden.

Kaiser meint, er hielte für zweckdienlicher, wenn dem Bezirk Bayern später auch noch Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen zugeteilt werde. Frankfurt a. M. die 400 M., die dieses dem Agitationsbezirk geliehen, aufzubürden, wäre ein schwerer taktischer Fehler; dagegen glaube er, die Frankfurter Verwaltung werde sich bereit finden, die dortige Bureaueinrichtung sowie einen Zuschuß zu der Agitationsbroschüre von diesem Frühjahr zu bezahlen.

Haisermann berichtet über seine Erfahrungen in der Agitation unter den Gartenarbeitern auf der Mannheimer Ausstellung. Die Anstellung eines weiteren Agitationsbeamten erscheine ihm als eine bedenkliche Belastung der Kassenverhältnisse, zumal ja auch eine Erhöhung der Gehälter erfolgen müsse.

Kamrowski-Berlin polemisiert gegen Kaiser bzw. über die Situationen innerhalb des IV. Agitationsbezirks.

Rolke behandelt die besonderen bayrischen Verhältnisse. In München komme uns der Bauhilfsarbeiterverband recht unangenehm ins Gehege. Wenn es möglich, möge die Generalversammlung dahin wirken, für Bayern bald einen besoldeten Beamten anzustellen.

Bäckers meint, daß durch die Kommissionsbeschlüsse die Ortsverwaltung Groß-Berlin mit etwa 800 M. mehr belastet werde,

doch werde sie dieses ganz gern tragen im Hinblick auf den daraus für die Gesamtheit entspringenden Nutzen.

Albrecht ersucht, den Antrag 19 nicht ohne weiteres anzunehmen, da es unzulässig, der Redaktion hier eine Art Marschroute aufzubinden. Er bitte, diesen Antrag der Redaktion lediglich als Material zu überweisen.

Es wird, da es 1 Uhr ist, Schluß der Debatte beschlossen.

Hauke erhält das Schlußwort.

Es wird beantragt, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Die Beschlüsse werden, mit Berücksichtigung der von Albrecht gemachten Einwendung, gegen eine Stimme angenommen.

Sechste Sitzung.

Mittwoch, den 4. September, nachmittags.

Das Bureau beantragt die Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Wahlen für die Hauptvorstands- und Beamtenwahlen. Dem Antrage wird zugestimmt, und werden in die betr. Kommission entsandt: Kähler, Thull, Scheithauer, Bäckers, Hoefener, Rolke, Lübeck.

Zur Verhandlung steht:

Beitragsfrage und Unterstützungswesen.

Referent Kamrowski-Berlin trägt zunächst einige allgemeine Beispiele über das Beitragswesen in anderen Verbänden vor. Eine Klassifizierung nach den Lohnverhältnissen in den einzelnen Orten ist zurzeit nicht ratsam, da hierzu noch die notwendige feste Grundlage, in der Form von tariflich geregelten Löhnen, fehlt. Der heutige Grundbeitrag solle für die nächste Geschäftsperiode beibehalten werden, dabei seien die sehr zurückgebliebenen Lohngebiete besonders zu berücksichtigen. Um eine Erhöhung in anderer Form sei jedoch nicht heranzukommen, und zwar müsse ein höherer Ortszuschlag angestrebt bzw. durchgeführt werden.

Als Gegenleistung wäre der Ausbau des Unterstützungswesens ins Auge zu fassen. Eine Sterbeunterstützung könne bereits neu eingeführt werden, während weiteres zurzeit noch nicht möglich, sondern erst nach Erhöhung des Grundbeitrages durchführbar. (Auch dieses Referat wolle man im ausführlichen Protokoll nachlesen. Die Redaktion.)

Klus berichtet über die Beschlüsse der Kommission.

Die Kommission III empfiehlt zur Beitragsfrage die Annahme folgender Resolution:

„Der Grundbeitrag von 35 Pfg. pro Woche bleibt bestehen; jedoch wird es allen örtlichen Verwaltungen zur Pflicht gemacht, Ortszuschläge zu erheben.“

Für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen beträgt der Beitrag 25 Pfg. Auf Vorschlag der Agitationsbezirke mit Zustimmung des Hauptvorstandes kann für rückständige Lohngebiete der Beitrag ebenfalls auf 25 Pfg. gesetzt werden. Der Beitrag für Bänderinnen beträgt 30 Pfg.

Ab 1. Januar 1909 erhält die Hauptkasse von den Marken à 35 Pfg. 30 Pfg. Ab 1. Januar 1908 von den Marken à 25 Pfg. 20 Pfg. Die Beiträge von 30 Pfg. sind voll an die Hauptkasse abzuführen.

Bei den Beiträgen von 35 Pfg. kann der Hauptvorstand in besonderen Fällen Extrabeiträge à 25 Pfg. bis zur Dauer von 8 Wochen im Jahr erheben.

Dadurch werden folgende Anträge erledigt: 27, 28, 28 a, 29, 30, 31, 32, 32 a (1. Satz), 33, 34 und 35.

Zur Annahme empfiehlt die Kommission noch Antrag 39, wodurch sich 38 erledigt.

Betreffs der Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung empfiehlt die Kommission, es bei dem bisherigen System zu belassen, jedoch erfährt der § 5 des Unterstützungs-Reglements im letzten Satz folgende Abänderung: „Die bisher gezahlte Unterstützungssumme wird beim nochmaligen Bezüge von den vorher bezogenen in Abzug gebracht.“

Dadurch erledigen sich die Anträge 54, 55, 56 und 64

Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbegeld-Unterstützung eingeführt. Bei

der Kranken-Unterstützung wird zur Annahme Antrag 60 empfohlen mit Zufügung „auf die Dauer von 8 Wochen“.

Zur Ablehnung empfiehlt die Kommission folgende Anträge 57, 58, 59, 61, 62, 63.

Zur Annahme inbezug auf die Sterbe-Unterstützung empfiehlt die Kommission den Antrag 67 mit Hinzufügung „beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte dieser Unterstützung gezahlt“.

Erledigt sind dadurch Antrag 66, 68, 69.

Nachzutragen sind noch, daß Antrag 32 a. Satz zur Annahme empfohlen wird.

Der Antrag 71 (Notunterstützung) ist abzulehnen.

Streik-Unterstützung.

Zur Annahme empfohlen: Antrag 76, 77, mit Hinzufügung hinter „für Verheiratete erhöht werden“ zu setzen: „für Kinder auf 75 Pfg.“. Erledigt sind dadurch Antrag 73, 74, 75 und 78.

Der Antrag 110 soll dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen werden.

Antrag 65 wird zur Annahme empfohlen, desgl. Antrag 26.

Die Dringlichkeits-Anträge: Rostock, Erfurt, Danzig, Magdeburg sind damit erledigt.

Zur Diätenfrage empfiehlt die Kommission die Annahme des Antrages 98.

Babinski ist der Ansicht, die Sterbeunterstützung werde die Kasse zu sehr belasten. Die Regelung der Beitragsfrage findet seinen Beifall. Ebenso, daß das System der Extrabeiträge beibehalten werden soll.

Busch wehrt sich gegen die Änderung des Unterstützungsreglements in § 5, letzterer solle die bisherige Fassung behalten. Auch die Beschränkung der Möglichkeit, Arbeitslosenmarken zu kleben, sei zu verwerfen. Annehmbar wäre der Antrag Elberfeld.

Haisermann spricht zum Unterstützungs-wesen. Was die Binderinnen angeht, so sei bei 30 Pfg. das Krankengeld mit 75 Pfg. pro Tag zu hoch angesetzt.

Kwasnick tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Maetzke empfiehlt, von Sterbeunterstützung für diesmal noch abzusehen.

Klus trägt nach: Antrag 36 werde zur Ablehnung empfohlen. Antrag 70 gleichfalls.

Steinberg wendet sich gegen Haisermann und Maetzke, betreffend Ausbau des Unterstützungswesens. Der Kampfcharakter würde damit in keiner Weise verlieren. Verteidigt die Kommissionsbeschlüsse.

Schmidt (Geschäftsführer): Jede Erhöhung des Unterstützungswesens ist nur bei entsprechender Beitragserhöhung möglich. Spricht im Sinne der Kommissionsbeschlüsse.

Redner trägt eine von Albrecht früher ausgearbeitete Lohnskala vor, die er zur Annahme empfiehlt.

Die Kommission zieht zugunsten der Albrechtschen Skala ihren Vorschlag zurück.

Löcher verteidigt nochmals die Vorschläge der Kommission.

Es liegt ein Antrag Rolke vor, die Anträge der Kommission an letztere nochmals zur Neubearbeitung zu überweisen. Dies wird abgelehnt.

Die Anträge der Kommission werden mit den in der Debatte gestellten Abänderungsanträgen angenommen.

Siebente Sitzung

Mittwoch, den 4. September, abends.

Die Sitzung muß noch am Mittwoch Abend abgehalten werden, damit morgen die Generalversammlung geschlossen werden kann. Zur Verhandlung steht:

Lohnbewegungen und Streiks; Tarifgemeinschaften.

Referent über dieses Thema und Bericht-erstatler der Kommission ist Schmidt (Geschäftsführer).

Die Sitzung tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und wird ein Bericht über die bezüglichen Verhandlungen nicht veröffentlicht werden. Schmidt hat eine Reihe von Leitsätzen aufgestellt, die von der Kommission teilweise revidiert und in der Plenarsitzung an einigen Stellen

noch abgeändert worden sind, im übrigen einstimmig angenommen wurden. Auch diese Leitsätze werden der Öffentlichkeit nicht unterbreitet. Die Mitglieder dürfen versichert sein, daß diese Maßnahme nur in ihrem eignen bzw. im Interesse der Organisation erfolgt. Wir wollen unseren Gegnern und Feinden nicht unsere Karten aufdecken, da diese das auch nicht tun.

Achte Sitzung.

Donnerstag, den 5. September, vormittags.

Auf Anregung des Vorsitzenden wird beschlossen, die Sitzung so lange auszudehnen, bis das noch vorliegende Arbeitspensum erledigt ist.

Zur Frage der Maifeier legt die Kommission folgende Resolution vor, die debattelos einstimmig angenommen wird:

„Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren.“

Zur Beratung stehen die

Abänderungsanträge zum Statut.

Haisermann gibt den Kommissionsbericht.

Vor Eintritt in die Beratungen wird beschlossen, daß jeder Vorschlag der Kommission nacheinander einzeln zu erledigen sei und daß der Vorschlag, zu dem niemand das Wort ergreift, ohne weiteres als angenommen gelten soll.

Die Kommission unterbreitet auch einige von ihr allein formulierte Abänderungsanträge, die mit berücksichtigt werden.

Das Gesamtergebnis ist die Annahme folgender Abänderungen:

§ 2 Absatz 2 erhält als Einleitung den Wortlaut: „Der Verein bietet seinen Mitgliedern für die in § 3 genannte Beitragsleistung.“

In § 3 Absatz 5 werden die bereits beschlossenen Beitragssätze vermerkt. Ferner wird ausgesprochen, daß weibliche Blumengeschäftsangestellte außer der Vereinszeitung noch die „Bindekunst“, die Gartenarbeiterinnen die „Gleichheit“ erhalten.

Der gleiche Paragraph erhält noch eine Einschaltung des Inhalts: „Etwa beschlossene Extrabeiträge, sowie Ortszuschläge ist jedes Mitglied verpflichtet, zu leisten, widrigenfalls seine Rechte in Verzug kommen.“

Absatz 7 wird gestrichen.

§ 4. Dritte Zeile wird statt „vier“ gesetzt: „zwei“ Wochen erwerbslos.

§ 17 erhält folgenden Zusatz: „Zahlstellen, welche einem Zweigverein oder einer Ortsverwaltung angehören, dürfen nur unter Zustimmung des zuständigen Agitationsbezirksvorstandes selbständig werden.“

§ 21 erhält in Absatz 2 einen Zusatz d: „Verwaltungsstellen, wo zur Erledigung der Ortsgeschäfte Ortsbeamte tätig oder wo Bezirksbeamte stationiert sind, liefern pro verkaufte 35 Pfg.-Beitragsmarke 5 Pfg. mehr an die Hauptkasse ab. Dafür zahlt letztere das Gehalt des Beamten vollständig, und kommen sonstige ordentliche Zuschüsse der Hauptkasse in Wegfall.“

§ 23. „Sämtliches Vermögen örtlicher Verwaltungsstellen ist Eigentum der Gesamtorganisation. Im Auflösungsfall... usw.“

§ 26. Absatz 1: „Der Hauptvorstand besteht aus einem ersten (besoldeten) und einem zweiten (unbesoldeten) Vorsitzenden, dem Redakteur als Beisitzer und weiteren vier Beisitzern.“

Den Schußsatz in Absatz 4: „Ergänzungenwahlen von Vereinsbeamten der Hauptgeschäftsstelle nimmt der Hauptvorstand gemeinsam mit dem Ausschuß vor“ wird hinzugefügt: „jedoch sind die betreffenden Stellen vorher im Vereinsorgan auszuschreiben.“

§ 27. Absatz 1: „Alle drei Jahre im August oder September findet eine ordentliche Generalversammlung statt, die vom Hauptvorstand einzuberufen ist.“

Absatz 2. Dem dritten Satze wird hinzugefügt: „wobei die Zahl der verkauften Beitrags-

marken, pro Mitglied und Quartal 10 Stück gerechnet, als Grundlage dient.“

Neuer Absatz 3: „Um eine Vertretung aller Landesteile zu erreichen, sind innerhalb jedes Agitationsbezirks besondere Wahlkreise zu bilden; die Abgrenzung erfolgt durch Verständigung zwischen Hauptvorstand und Agitationsleitung.“

Neuer Absatz 4: „Als Delegierte zur Generalversammlung können nur Mitglieder gewählt werden, welche mindestens zwei Jahre gewerkschaftlich organisiert und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind.“

§ 28. „Die Vereinsleitung wird auf den Generalversammlungen durch den Hauptvorstand — und zwar durch den ersten Vorsitzenden, den zweiten Vorsitzenden, dem Redakteur als Beisitzer und einem weiteren Beisitzer —, durch ein Mitglied der Revisoren, sowie ein Mitglied des Ausschusses vertreten. Diese haben auf der Generalversammlung nur beratende Stimme. Ebenso wenig können sie ein Mandat als Delegierte übernehmen. Das letztere gilt für sämtliche Hauptvorstandsmitglieder.“

§ 30. Achte Zeile statt „4“ zu setzen: „6 Wochen“.

§ 33. Erste Zeile statt „8“ zu setzen: „10 Wochen“.

§ 34. Zweite Zeile statt „8“ zu setzen: „6 Wochen“.

Geschäfts-Ordnung für die örtlichen Verwaltungen.

Zwischen dem 1. und 2. Kapitel wird folgendes Kapitel eingeschaltet:

2. Kassenwesen.

Jede örtliche Verwaltung ist berechtigt, mit Genehmigung des Hauptvorstandes, zu dem im Statut genannten Beiträgen noch Ortszuschläge zu erheben, deren Höhe sich nach den örtlichen Lohnverhältnissen richten und auf die örtlichen Bedürfnisse Rücksicht nehmen soll. Ab 1. Januar 1909 beträgt in den Verwaltungsstellen, wo zur Erledigung der Ortsgeschäfte Ortsbeamte tätig oder wo Bezirksbeamte stationiert sind, der Ortszuschlag mindestens 10 Pfg. pro 35 Pfg.-Marke.“

Unterstützungs-Reglement.

§ 4. Absatz 1. „Die Reise- oder Arbeitslosen-Unterstützung beträgt pro Tag 1 Mark. Als Krankengeld wird verheirateten Mitgliedern bei Krankenhausbehandlung gleichfalls 1 Mark gezahlt, nach den Grundsätzen der Arbeitslosen-Unterstützung. Verheiratete Mitglieder, die der Organisation mindestens zwei Jahre angehören, haben, bei Vorlegung des örtlichen Krankenattestes, auch bei Hausbehandlung Anrecht auf einen Krankengeldzuschuß und zwar auf die Dauer von 8 Wochen, pro Woche 3 Mark.“

Absatz 2 bleibt alte Fassung.

§ 5. Der letzte Satz wird gestrichen. Dafür wird eine feste Berechnungsskala (siehe Antrag Albrecht-Schmidt im Verhandlungspunkt „Beitrag und Unterstützungs-wesen“) eingestellt.

Dem Unterstützungs-Reglement wird ferner eine Bestimmung des Inhalts eingeschaltet: „Das Anrecht auf Sterbegeldunterstützung beträgt nach 5jähriger Mitgliedschaft 50 Mark, nach 8jähriger Mitgliedschaft 75 Mark, nach 10jähriger Mitgliedschaft 100 Mark. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte dieser Sätze gewährt.“

Desgleichen eine Bestimmung: „Weibliche Blumengeschäftsangestellte haben in Krankheitsfällen bei Arbeitsunfähigkeit Anrecht auf einen Krankengeldzuschuß von 75 Pfg. pro Krankheits-tag.“

Streik-Reglement.

§ 10. Zusatz: „Die Proklamierung eines Streiks kann nur mit dreiviertel Stimmenmehrheit erfolgen.“

§ 12. Zusatz: „Die festgesetzte Streikunterstützung wird nach einer Wartezeit von drei Tagen (ausschließlich Sonntags) vom 4. Tage an gezahlt.“

§ 15. Zusatz: „Die Streikunterstützung kann durch Ortszuschläge bis zu 12 Mark für Ledige und 14 Mark für Verheiratete, für Kinder auf 75 Pfg. erhöht werden.“

Bezugsberechtigt für diese erhöhten Sätze sind nur solche Streikende, die schon ein Jahr

Mitglied sind und mindestens 52 Wochenbeiträge voll gezahlt haben.

Diese höheren Unterstützungssätze können nur an solchen Orten gezahlt werden, welche einen örtlichen Zuschlagsbeitrag von mindestens 10 Pfg. pro Woche eingekauft haben.

Beschlüsse, die in dieser Hinsicht gefaßt werden, sind dem Hauptvorstande zur Genehmigung zu unterbreiten.

Geschäftsordnung für die Agitationsbezirke.

5. Bezirkskonferenzen. „In der Regel findet alle zwei Jahre eine Bezirkskonferenz statt, wo alle Angelegenheiten des Bezirks zu beraten sind. Dieselben sind tunlichst auf die Jahre zu verlegen, in denen keine Generalversammlung stattfindet.“

Dem Hauptvorstande ist von der Generalversammlung anheimgestellt, den beschlossenen Änderungen eventl. einen anderen Wortlaut zu geben, falls dadurch der Zweck der Änderung genauer bezeichnet werden kann.

(Unterstützungs-Reglement, Streik-Reglement, Geschäftsordnung für die örtlichen Verwaltungen, Geschäftsordnung für die Agitationsbezirke sind bekanntlich Ergänzungen des Statuts, und wurden deshalb die hierzu vorliegenden Abänderungsanträge in dem Beratungspunkt mit erledigt.)

Sonstige Anträge und Verschiedenes.

Angenommen worden sind folgende:

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, bis zur nächsten Generalversammlung zwecks Einführung eines allgemeinen Krankengeldzuschusses und eines weiteren Ausbaues des Unterstützungswesens eine Vorlage auszuarbeiten und diese der nächsten Generalversammlung vorzulegen.“

„Die Hauptkasse ist bezüglich der Ausgaben für Agitation zu entlasten, damit die verfügbaren Gelder hauptsächlich für Lohnbewegungen und Streiks, Unterstützungen und die Kosten der Hauptverwaltung verwendet werden können.“

„Offene Stellen von Agitationsbezirksleitern (Gaubeamten) und Ortsbeamten sind im Vereinsorgan auszuschreiben.“

„Bei der Anstellung von Beamten im A. D. G.-V. soll die Bedingung gestellt werden, daß die Bewerber mindestens drei Jahre gewerkschaftlich organisiert sein müssen.“

„Zur Berechnung der Mitgliederzahl bei Delegationen gilt nicht die Listenmitgliederzahl, sondern die Zahl der verkauften Wochenmarken der letzten 4 Quartale, geteilt durch 10, daß also auf ein Mitglied 10 Marken pro Quartal kommen.“

„Die Diäten werden in Höhe von 8 Mark pro Tag, nebst Lohnentschädigung, gewährt.“

„Agitations- und Ortsbeamte können auf Generalversammlungen ein Mandat als Delegierte annehmen.“

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einen Antrag dahingehend zu unterbreiten, daß diese auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses die Frage der Landarbeiterorganisation mit setzen möge.“

„Dem Redakteur wird die Berechtigung erteilt, an der Tagung des nächsten Gewerkschaftskongresses auf Vereinskosten teilzunehmen.“

Dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen wird der erste Teil des Antrages 95: „Hauptvorstand ist verpflichtet, überall da, wo ein Gau- bzw. Ortsbeamter seinen Sitz hat, eine den Verhältnissen entsprechende Bureau-einrichtung zu beschaffen.“

Der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen wird der Antrag 103: „In der Vereinszeitung ist für die Mitglieder eine unentgeltliche Sterbetafel einzuführen.“

Dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen wird der Antrag 110: „Das Unterstützungs- bzw. Abrechnungswesen beim Bezüge von Arbeitslosenunterstützung so zu regeln, daß die Mitgliedsbücher nicht an die Hauptleitung einzusenden sind, sondern gleich am Orte bleiben.“

Desgleichen zur Erledigung: Die Anträge 82-85, betreffend Einführung von Kontrollkarten.

Dem Hauptvorstande als Material überwiesen Antrag 90: „Bei künftigen Preisausschreiben ein beschleunigteres Verfahren anzuwenden, etwa dergestalt, daß zwischen Bekanntmachung und dem entgeltlichen Resultat des Ausschreibens ein Zeitraum von höchstens sechs Monaten liegt.“

Desgleichen als Material Antrag 104: „Der Hauptvorstand hat im Herbst 1907 eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gärtnereibetrieben Deutschlands zu veranlassen und das Ergebnis derselben im Januar 1908 als Agitationsbroschüre herauszugeben.“

Im Punkt „Wahlen“

unterbreitet die vorbereitende Kommission (Berichterstatte r Thull) folgenden Antrag: „Der Hauptvorstand besteht aus sieben Mitgliedern und zwar aus den Kollegen G. Schmidt als ersten (besoldeten) Vorsitzenden, L ö c h e r als zweiten (unbesoldeten) Vorsitzenden, A l b r e c h t als Redakteur und Beisitzer und Janson, Satow, Huhnholz und Steinberg ebenfalls als Beisitzer.“

„Nachdem hierzu mehrere Kollegen gesprochen, wird beantragt und beschlossen, über vorgenannten Antrag gleich per Akklamation abzustimmen. Der Vorschlag der Kommission gelangt demnach ungeeilt zur Abstimmung und wird einstimmig angenommen. Damit ist der Punkt erledigt und folgt die Beratung des „Gehalts-Regulativs“. Die Vorberater oblag der Statut-Beratungskommission, die durch ihren Berichterstatter Haisermann die Einführung der auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß beschlossenen Mindestskala beantragt: Für die Hauptbeamten der Hauptverwaltung beträgt das Anfangsgehalt 2000 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis 2500 Mk., alsdann um 50 Mark jährlich bis zum Höchstsatz von 3000 Mk. nach 15 Dienstjahren. Für die Außenbeamten Anfangsgehalt 1800 Mk., steigend pro Jahr um 50 Mk. bis zum Höchstsatz von 2400 Mk. nach 12 Jahren.“

Dieser Skala stimmt die Generalversammlung einstimmig zu. Eine größere Debatte entsteht über die Frage der Anrechnung der bisherigen Dienstzeit der Beamten. Albrecht ist bereits 9 Jahre tätig, Schmidt 3 1/2, Busch 3 1/2, Hauke 2 3/4, Kamrowski 2, Kaiser 1 1/4, Link 3/4 Jahr. Nach längeren Auseinandersetzungen wird beschlossen, den beiden Beamten in der Hauptgeschäftsstelle mit dem 1. Januar 1908 eine Gehaltserhöhung um 100 Mark zu bewilligen, steigend jährlich um je weitere 100 Mark, bis mit der Stuttgarter Skala ein Einklang erreicht ist; Albrecht erhält also 1908 2300, Schmidt 2100 Mk. Hauke, Kamrowski, Busch und Kaiser erhalten ab 1. Januar 1908 1900 Mk, Link 1850 Mark, — steigend nach der Stuttgarter Skala.

Es wird in der Debatte hervorgehoben, daß andere Gewerkschaften die Stuttgarter Mindestskala schon länger eingeführt, verschiedene diese sogar bereits überschritten haben. Die Arbeitskraft bzw. der Arbeitswert unsrer Beamten dürfe nicht nach dem im Berufe üblichen Durchschnittslöhnen, sondern müsse nach den Löhnen betriebsleitender Kräfte beurteilt werden; außerdem ist, zufolge der verschiedenen außerordentlichen Anforderungen auch die Lebenshaltung der Gewerkschaftsbeamten eine teurere wie die der Kollegen im Berufe. —

Als Ort für die nächste, im Jahre 1910 in Aussicht stehende, Generalversammlung wird Düsseldorf gewählt. —

Kollege Löcher gibt noch einige Erklärungen ab, warum er den Posten des ersten Vorsitzenden preisgegeben habe; es sei erstens in allen Gewerkschaften üblich, daß der angestellte (besoldete) Beamte auch den Charakter des ersten Vorsitzenden habe; zweitens sei das auch aus allgemein geschäftlichen Gründen notwendig. Er werde als zweiter Vorsitzender genau so seine Pflicht tun wie bisher als erster. (Der Posten des „Geschäftsführers“ ist nunmehr in unsrer Organisation erloschen; er war unzeitgemäß geworden.)

Zur Frage der Jugendorganisationen bemerkt Schmidt (Geschäftsführer), daß es dieser Organisation unmöglich sei, das Programm,

das die gesamte politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung umfaßt, zu erfüllen. Die gewerkschaftlichen Zentralvorstände sind der Meinung, daß auf gewerkschaftlichem Gebiete keine besonderen Jugendorganisationen notwendig seien. Die Jugendorganisationen sollten sich den Aufgaben der körperlichen und geistigen Bildung der Jugend widmen, wie in Schweden. Beschlossen wird, daß der Hauptvorstand der Jugendorganisation in diesem Sinne seine Aufmerksamkeit zuwenden soll. Soweit Jugendliche unseres Berufes gewerkschaftlich organisierbar, sind sie unserer Berufsorganisation zuzuführen.

Nach einigen herzlichen Schlußworten der Kollegen Löcher und Gg. Schmidt schließt der Vorsitzende nachmittags 1 1/2 Uhr die VIII. Generalversammlung.

Nachträglich fügen wir noch die Präsenzliste der Generalversammlungsteilnehmer nach. Es waren anwesend:

- a. Hauptvorstand.
 - L ö c h e r, Jakob, Vorsitzender . . . Berlin
 - S c h m i d t, Georg, Geschäftsführer . . Berlin
 - J a n s o n, Wilhelm, Beisitzer . . . Berlin
 - b. Ausschuß.
 - M ä t z k e, Paul Dresden
 - c. Revisoren.
 - S a t o w, Karl Berlin
 - d. Redaktion.
 - A l b r e c h t, Otto Berlin
 - e. Delegierte.
 - B a b i n s k i, Anton Berlin
 - B ä c k e r s, Rudolf Berlin
 - B u s c h, Josef Hamburg
 - H a i s e r m a n n, Josef Mannheim
 - H a u c k e, Ludwig Dresden
 - H ö e f e n e r, Adolf Stuttgart
 - H u h n h o l z, Paul Hamburg
 - K ä h l e r, Christian Hamburg
 - K a i s e r, Eugen Frankfurt a. M.
 - K l u s, Karl Hamburg
 - K a m r o w s k i, Xaver Berlin
 - K a m r o w s k i, Stefan Wiesbaden
 - K u n z e, Max Hamburg
 - K w a s n i k, Walter Berlin
 - L i n k, Hugo Düsseldorf
 - L ü b e c k, Hermann Hannover
 - P a w l i t z k i, A. Nürnberg
 - R i n k e, Richard Dresden
 - R o l k e, Johann München
 - T h u l l, Georg Düsseldorf
 - S c h e i t h a u e r, Adolf Leipzig
 - S c h m i d t, Franz Berlin
 - S t e i n b e r g, Ludwig Berlin
 - W i t t e, Otto Chemnitz
- Vertreter der Generalkommission.
- J a n s o n, Wilhelm Berlin

Die Bedeutung der Generalversammlungsbeschlüsse werden wir noch in einem besonderen Artikel behandeln.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher: Amt 8. 5382
Geschäftsführer: Georg Schmidt.

Bekanntmachungen.

— **Einzelmitglieder!** Nach dem 15. d. Mts. werden bei den mit ihrem Beitrag rückständigen Einzelmitgliedern die Beiträge per Nachnahme erhoben, und ersuchen wir um Begleichung derselben.

Preisausschreiben betreffend.

Berichtigung. Durch ein Versehen haben zwei prämierte Arbeiten die Nr. 17 erhalten. Der unter Nr. 17 angegebene Verfasser (Ludwig Steinberg) hat die Arbeit zur Aufgabe Nr. 10 geliefert, und wurde ihm dafür der verzeichnete Preis zuerkannt. — Die zweite mit Nr. 17 ausgezeichnete Arbeit ist zu Aufgabe Nr. 12 geliefert; ihr Verfasser ist Christian Vogelmann in Bendorf bei Coblenz. Hierfür ist ein dritter Preis in Höhe von 8 Mark zuerkannt. Der Hauptvorstand.

— Photographen vom Ausflug. Die Aufnahmen sind sehr gut gelungen. Ersuche darum die Bestellungen sofort an mich einzusenden. Preis der Photographie (Größe: 12 mal 17 cm ohne Karton) 1 Mk.; der Postkarten 30 Pfg. Die Sendung erfolgt per Nachnahme. Genaue Adresse angeben.
Ludwig Hauke,
Dresden-A., Ritzenbergstrasse 2.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 25 Pfg.

Schluss der Anzeigen-Aufnahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen die tiefbetäubende Nachricht, dass unser allbeliebtes Mitglied

E. Ladewig

im Alter von 23 Jahren am 7. d. Mts. infolge seiner traurigen sozialen Lage in geistiger Umnachtung seinem Leben durch Erschiessen ein Ziel gesetzt hat. Ehre seinem Andenken!

Lokalverwaltung Hamburg. [632] Zahlstelle Bergedorf.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemässe, alle Zweige der Gärtnerei umfassende gründliche (612 bw. 1)

wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstrebend, finden zum nächst. Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

Gärtner-Lehranstalt Köstritz, der stärkst besuchten

höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.

II. Kursus für Berechtig. z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker. Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch

Direktor Dr. H. Settegast.

Eck-Laden

626/38] mit Wohnung

in Cöpenick sehr preiswert zu vermieten. Beste Geschäftsgegend, sehr gut geeignet als Blumengeschäft, da ein solches in der Nähe nicht vorhanden ist. Offerten unter „L. 10“ an d. »Cöpenicker Dampfboot«, Cöpenick.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen, erfahrenen, verheirateten, herrschaftlichen [627/38]

Gärtner.

Angebote sind zu richten an die Braunkohlen- und Briket-Industrie Aktiengesellschaft, Betriebsdirektion Milligrube, Post Milligrube bei Bockwitz, N.-L.



S. Kunde & Sohn, in Dresden-A. 38, Kipsdorfer Strasse 106.

Spezialfabrik für gärtnerische Schneidwerkzeuge.

Gegründet 1787.

Katalog kostenlos.

Katalog kostenlos.

Spezialität: Ansergewöhnlich schnitthaltige, gute Klinge unter Garantie. Konstruktion solid und dauerhaft, form schön und handlich. Zahlreiche Anerkennungen. [4578 bw.]

Man kaufe keine „Dresdener Messer“, „Kunde'sche Messer und Scheren“ usw., wenn sie nicht diesen Stempel tragen. Jedes unserer Fabrikate trägt diesen Stempel.

S. KUNDE & SOHN DRESDEN

Pferdedung von 4 Pferden ist abzugeben [629/39] Berlin, Fehrbellinerstr. 47.

Garantiert wasserdichte

Regenmäntel v. Mk. 5,20 an, Regenjacken v. Mk. 3,90 an, Regenhosen v. Mk. 2,75 an, Regenschürzen v. Mk. 2,20 an, Regenpelzerinnen v. Mk. 4,20 an liefert lt. Preisliste, welche gratis und franko zugesandt wird, die Fabrik

A. Lübbers, Rellingen 3 bei Hamburg. [576/42]

Friedrich Fischer,

Berlin SO. 16, Bethanien-Ufer 8.

Bureau u. Lager in Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utilensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuvert mit u. ohne Druck in allen Grössen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Bureauöbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle des A. D. G.-V. u. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. [403/52]

Zur Leitung ev. Uebernahme einer Edelobstplantage mit grossen Treibereien am Rhein ein durchaus erfahrener (620/37)

Pomologe

gesucht. Off. unter F. W. 4289 an Rudolf Mosse, Wiesbaden.

Gute Stellung

können Leute mit gärtnerischer Vorbildung (einfache Volksschulbildung genügt) nur durch Absolvierung eines zweimonatl. Kursus der Gärtner-Lehranstalt zu Priebus in Schlesien, Kreis Sagan, erhalten. Aufnahmealter: 16-50 Jahre. Eintritt: 1. u. 15. jeden Monats. 35 Lehrfächer. Ein Nichtverstehen der Lehrfächer ist hier ausgeschlossen, da alles ausführlich erklärt wird. Schulgeld sehr mässig. Zweigstelle ist: Oberlössnitz bei Dresden. Auskunft und Lehrplan frei durch

[622/37]

B. Schmidt, Direktor, Priebus und Oberlössnitz.

In bester Lage Pankows bei Berlin

Gärtnerei-Grundstück

ca. 260 □-Ruten gross, mit Wohnung, 2 Zimmer und Küche, Stallung für 3 Pferde, Kutscherstube, 2 grosse Remisen, grossem Boden und vorzüglichem Obstbaum-Bestand sofort zu verpachten. — Zu erfragen bei Garbät, Pankow, Hadlichstrasse.

Junger Gärtner,

z. Zt. im Manöver, sucht per 15. September od. 1. Okt. Stellung in grösserer

Gärtnerei.

Robert Weiss, Hannover, Brüderstr. 16, III. [625]

Schnittblumen billig.

Feinste Cactusdahlien, Pentstemon, Scabiosen, Montbretien u. vieles andere. Selbstschnitt od. Versand durch Obergärtner Roethke in Wendisch-Wilmersdorf bei Station Thyrow, Anhalter Bahn, 1/2 Stunde von Berlin. (624/38)

Tüchtiger Obergärtner

für Gemüse-Grosskulturen in Provinz Brandenburg für bald gesucht. Verheirateter bevorzugt. Hoher Gehalt. Angebote unter W. F. an die Hauptgeschäftsstelle des A. D. G.-V., Berlin, Metzgerstr. 3.

NB. Wir können die Stelle als gut empfehlen. D. O.

Lehrbuch „Der praktische Gärtner“ (Ladenpr. 20 M.), f. 12 M. z. verk. Adr. Alb. Eizenberger, Barmen, Albert-Strasse 57 I.

Für ca. 20 Mrg. Baumschulanlagen, ferner Obstplantagen und Gemüsebau wird z. 1. 10. ein tücht. energischer

Obergärtner ges. Geh. monatl. 85 Mk., Wohn-, Brennmaterial, Kartoffeln, Milch, Gemüse f. eig. Haushalt, 10% Tant. v. Reingew., im Kreise Elbing; Stell. durchaus dauernd; Näh. unt. »G. L.« a. d. Hauptgesch. d. A. D. G.-V., Berlin, Metzgerstr. 3.

NB. Für denselb. Betr. auch 1 jünger. Gehilfe. Geh. 33 Mk. monatl. b. tr. Stat.

Die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung liegt aus.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

Die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung liegt aus

Barmen, Rest. Hildebrandt, Unterbarmen, Allee-Strasse 42, Lokal der Ortsverwaltung Barmen-Elberfeld. [862/26]
Barmen, Rest. Alb. Vogel, Gr. Flurstr. 7, Verkehrslokal der Filiale Barmen. [863/26]
Berlin N., Metzgerstrasse 8, Verkehrslokal, Herberge und Hauptstellennachweis. [864/26]
Berlin N., Prenzlauer Allee 232, C. Holthausen, Vereinslokal. [864/26]
Berlin C., Neue Friedrich-Strasse 48, Ernst Büchner. [865/26]
Berlin W., Vorbergstr. 9, Lud. Krüger, Vereinslokal. Gute Speisen. [866/26]
Blankensee, Rest. Bernh. David, Doekenhuden, Bahnhofstr. Veis. So. u. 1. u. 15. [288/52]
Bremen, C. Greve, Faulenstr. 22, Herberge und Verkehrslokal, Versammlung 3. Dienstag und letzten Sonntagabend 1. M. [867/26]
Charlottenburg, Sophie Charlottenstr. 22, Restaurant Wilhelm Kiedel, grosser Mittagstisch, Gärtnerverkehr. [868/26]
Charlottenburg, Restauration Mieltz, Krummstrasse 11, Gärtnerverkehr. [513/26]
Chemnitz, Rest. J. Matterns, untere Hauptstr. 7, Versammlung nach Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53 I.

Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Maxstr. 13, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrs- u. Herberge Dortmund, Ostwall 17, „Zum Bienenhau“, Inh. Bramert, Verkehrs-, Herb. u. Stellenn. [869/26]
Düsseldorf, Flingelstr. 40-42, Zum gold. Schellfisch, W. Düllberg, gute Küche und Logis, zivile Preise [870/26]
Elberfeld, Rest. Sauerzopf, Bachstr., Verkehrslokal d. Filiale Elberfeld. [871/26]
Eschersheim, „Zur schönen Aussicht“, Jakob Heyer, Vereinslokal. [872/26]
Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallus-Gasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurt, jeden Samstag Versammlung. [873/26]
Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant Anton Schneider, Eckenheimerlandstr. 126, Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. [411/26]
Friedrichsfelde bei Berlin, Rest. Neumann, Luisenstr. 15, Vereinslokal des Zweigvereins Friedrichsfelde des A. D. G.-V. [875/26]
Friedrichshagen, Otto Kurfiess, Kirchstr. 17, Ecke Scharnweberstr., Vereinslokal. [876/26]
Halensee, Rest. Siebert, Kronprinzendam (Kurfirstenpark), Vereinslokal. [877/26]
Halle a. S., Englischer Hof, Gross-Berlin 13, Vereinslokal und Herberge, Versammlung am 1. und 8. Sonnabend. [878/26]

Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangel-Strasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 3. Dienstag i. M. [879/26]
Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr [880/26]
Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11, Koll. sind jeden Tag zu treffen. [881/26]
Karlsruhe i. B., Restaurant Alte Brauerei Prinz, Horrenstr. 4, Vereinslokal. [882/26]
Leipzig, Münzgasse 7, Albert Linke, Restau. Gärtnerheim, Verkehrslokal, Herberge u. Stellennachweis. [883/26]
Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe Vereinslokal. Zentralherb.: Kleine Klosterstr. [885/26]
Mannheim H. 3. 5, Wagner, Restau. Prinz Max, Vereinslokal des Zweigvereins. [887/26]
Mülhausen im Elsass, Wirtschaft zur Insala, Klostergasse 18. [888/26]
München, Gasthaus Gambrinus, Sendlinger Strasse 19, Vereinslokal des Zweigvereins München. Versg. alle 14 Tage. [889/26]
Nieder-Schönhausen, Restau. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. [890/26]
Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. [891/26]

Remscheid, Restaurant Friedrich Hecke, Peterstrasse 1.
Spandau, Droht's Restaurant, Klosterstr. 29, Vereinslokal. Versammlung jeden Sonntagabend. [894/26]
Steglitz, Verkehrslokal bei Warendorf, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Versg. Donnerst. u. 1. u. 15. [895/26]
Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211. [896/26]
Stuttgart, Gewerkschafts-Haus, Esslinger Strasse 17-19.
Seehof b. Teltow, Rest. Waldschlösschen, Vereinsl., Koll. jeden Mittag zu treffen. [897/26]
Tempelhof bei Berlin, Josef Hoffmann, Berliner Strasse 46, Vereinsl., gute Küche. [171/4]
Wandsbeck, Lübecker Strasse 55, W. Jeonick, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pfg. pro Woche 2.50 M. [899/26]
Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, Vereinslokal des Wiesbadener Zwigver. [400/26]
Zürich, Lokal und Herberge, hintern Sternen Zürich I, Stellennachweis Restaurant Mairise Konradstrasse 49, Zürich III. [417/52]